

Beschluss des Landesausschusses der CDU Hamburg am 4.07.2017

Wir sichern die Zukunft Deutschlands und Hamburgs

Deutschland ist seit Jahren wirtschaftlich auf Erfolgskurs. Gut lässt sich das an den aktuellen Beschäftigungszahlen ablesen: fast 44 Millionen Männer und Frauen haben heute in Deutschland einen Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote ist mit 5,6 Prozent auf dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Von diesen wirtschaftlichen Entwicklungen profitiert Hamburg überdurchschnittlich.

Es geht uns gut in diesem Land. Und dennoch ist ein Gefühl der Unsicherheit und Unruhe weit verbreitet. Es hat sich gezeigt, dass die weltweite Vernetzung im Bankensektor, vergleichbar offene Grenzen innerhalb Europas und das sehr stark gewachsene Kommunikations- und Informationsangebot globale Probleme zu unseren machen. Dies überfordert viele Menschen. Zu dieser gefühlten Unsicherheit kommen „reale“ Probleme hinzu: Unsere Bürger fragen sich, wie sie ihre Familien finanziell absichern können und ob ihre Kinder die gleichen beruflichen Perspektiven haben werden wie sie selbst. Die Friedensgarantie, die ein geeintes Europa bedeutet, scheint durch die Auseinandersetzungen auf internationaler Bühne in Gefahr, und damit die Grundlage unserer Freiheit und unseres Wohlstandes in Hamburg wie Deutschland. Uns wird bewusst, dass unser westliches Wertefundament, das wir lange als selbstverständlichen Teil unserer nationalen Identität angesehen haben, in einer globalisierten Welt jeden Tag erneut verteidigt werden muss. Viele sorgen sich auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer Zeit, in der komplexe Probleme vereinfachte Parolen und Populismus hervorbringen.

Für diese Unsicherheit und gefühlte Entgrenzung auf der einen und die realen Alltagsorgen unserer Bürger auf der anderen Seite müssen wir als Volkspartei CDU Antworten finden. Deshalb wollen wir dieser Ungewissheit über die Zukunft Verlässlichkeit und Sicherheit entgegensetzen. Dazu zählt nach den Ereignissen der Vorjahre auch, dass die erfolgreiche Begrenzung des Flüchtlingszuzugs nach Deutschland dauerhaft Bestand hat. Die CDU möchte mit unserer Kanzlerin Angela Merkel dem Bedürfnis nach einer gesicherten Zukunft in Wohlstand und Freiheit Rechnung tragen. Wir wollen den Menschen Orientierung für die Zukunft und einen verlässlichen Rahmen für ihr privates Glück geben. Nur wenn wir die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten

ernst nehmen, können wir die Globalisierung und Digitalisierung für Hamburg gestalten, und Akzeptanz für den notwendigen Fortschritt schaffen. Das gilt insbesondere für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Denn Hamburg als zweitgrößte Stadt Deutschlands ist Metropole des Handels und Knotenpunkt internationaler Zusammenarbeit. Die Antwort auf Unsicherheit darf nicht der Rückfall in Isolation und Nationalismus sein. Den Zweiflern und Angstmachern antworten mit dem Bekenntnis zu unseren Werten und dem Versprechen, auch für die nächsten Jahre Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Dafür sind folgende Bereiche von zentraler Bedeutung:

- Familien und Kinder als Fundament unserer Gesellschaft,
- Wirtschaft und Innovation als unser Motor und Antrieb sowie
- Schutz von Leib und Leben gegen innere und äußere Gefahren.

Sicherheit für unsere Familien und Kinder

Die Familie als Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts

Für die CDU Hamburg ist die Familie die Wurzel unseres gemeinsamen Lebens und das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie beruht idealtypisch auf lebenslangen Verbindungen und der Bereitschaft, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Familien brauchen dafür einen hohen Grad an Sicherheit und Verlässlichkeit. Es ist Teil unseres Leitbildes einer christdemokratischen Familienpolitik, dass Familien besonderen Schutz und Fürsorge erfahren müssen. Die Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Dabei steht für die Union jedoch fest: Unser Ziel ist immer die Stärkung der Freiheit und Eigenverantwortung der Familien und ihrer Mitglieder. „Vater Staat“ ist nicht der „bessere Vater“! Überregulierung oder gar sozialdemokratischer Bevormundung treten wir entgegen.

Eltern müssen die Freiheit haben, ihr Familienleben so zu gestalten, wie es ihrer ganz persönlichen Situation und Lebensplanung entspricht. Nur eine von Ideologie befreite Familienpolitik spiegelt die heutige Pluralität der unterschiedlichen Familienmodelle wider. Die „klassischen“ Familien, genauso wie andere Familienformen wie Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche Paare oder Patchwork-Familien, haben alle unterschiedliche Hürden zu überwinden, um sich in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Gleichheitslösungen sind aus diesem Grund für Familien abzulehnen.

Finanzielle Sicherheit für Familien u.a. durch ein neues Familienentlastungssplitting schaffen

Für unsere Ideen, die Unterstützung bestehender Familien sowie die Erleichterung von Familiengründungen, bedarf es vor allem einer steuerlichen Entlastung für Eltern mit Kindern. Unserer Meinung nach werden Eltern mit Kindern in der Steuerpolitik noch nicht genügend berücksichtigt. Das soll sich mit einer großen Steuerreform ändern.

Dabei steht jedoch unsere Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, eine solide Haushaltspolitik zu betreiben, an erster Stelle. Nachhaltig haushalten bedeutet, Verantwortung für unsere Kinder zu übernehmen. Es bedarf keiner größeren finanziellen Mittel, sondern vielmehr einer klugen Umschichtung innerhalb der einzelnen Systeme mit dem Ziel einer steuerlichen Stärkung von Familien mit Kindern. Hierfür soll nach der Bundestagswahl eine entsprechende Kommission eingesetzt werden, die verschiedene Modelle berechnet und innerhalb der ersten sechs Monate konkrete Vorschläge erarbeitet. Dazu gehört selbstverständlich auch die Überprüfung der verfassungsrechtlichen Konformität der Vorschläge.

Ziel ist es, das Ehegattensplitting, bei dem das gesamte zu versteuernde Einkommen beider Ehepartner halbiert und so die Einkommensteuer berechnet wird, in Richtung eines Familienentlastungssplittings zu überarbeiten. Bei dem aktuellen Splittingverfahren wird nicht berücksichtigt, ob eine Partnerschaft Kinder hervorbringt. Die Wirkung des Ehegattensplittings ist umso größer, je höher das Haushaltseinkommen und je größer die Differenz zwischen den individuellen Einkommen der Ehepartner ist. Per se kommt dieser Vorteil nicht Familien mit Kindern zugute.

Wir wollen, dass Ehepaare, egal ob mit Kindern oder ohne Kinder, weiterhin entlastet werden, aber zudem insbesondere Kinder mit in die Berechnung der Entlastung einfließen. Es muss bei der Entwicklung eines neuen Modells ein Vertrauens- und Bestandsschutz eingebaut werden.

Neben dem Familienentlastungssplitting kommen für uns weitere familienfördernde Maßnahmen in Betracht. Wir schlagen deshalb ein höheres Kindergeld und einen höheren Kinderfreibetrag vor. Der Familienleistungsausgleich soll Familien mit Kindern einen Nachteilsausgleich bieten, sodass sie trotz höherer finanzieller Belastungen am sozialen Leben teilnehmen können. Dieser kann in Form eines Kindergeldes oder eines Kinderfreibetrags in Anspruch genommen werden, abhängig von der Günstigerprüfung durch das Finanzamt. Berechnungen ergeben allerdings, dass nicht das Kindergeld, sondern der Kinderfreibetrag ab einem jährlichen Familieneinkommen von knapp über 60.000 Euro (bei einem Kind) für die Familie finanziell sinnvoller ist.

Wir möchten Familien mit geringeren oder mittleren Einkommen besonders unterstützen. Daher machen wir uns für eine deutlichere Entlastung dieser Familien stark, indem wir das Kindergeld genauso wie den Kinderfreibetrag auf das Niveau des Grundfreibetrages für Erwachsene erhöhen. Wie beim Familiensplitting wird jeder Person, ob Eltern oder Kind, der gleiche Grundfreibetrag gewährt. Auch für Alleinerziehende mit Kind würde diese Regelung gelten und so zu einer

finanziellen Stärkung führen. Eine zusätzliche Erhöhung des Kindergeldes ist eine deutliche Hilfe für Familien mit einem geringeren Einkommen.

Nicht nur für Familien: Abschaffung des Soli und weitere Maßnahmen für mehr finanzielle Spielräume vor allem in der Mittelschicht

Wir möchten ein faires und einfaches Steuersystem. Damit mehr Geld in den Taschen der Bürgerinnen und Bürger bleibt, setzt sich die CDU Hamburg für die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags (Soli) ein. Diese ist längst überfällig. Der Solidaritätsbeitrag beträgt 5,5 Prozent des Steuerbetrags aus Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer. Ursprünglich sollte damit die Finanzierung der Kosten für die deutsche Einheit gesichert werden. Von Anfang an war es nicht die Idee, die Bürgerinnen und Bürger auf unbestimmte Zeit zu belasten. Genau das ist der Soli aber mittlerweile: eine ungerechtfertigte steuerliche Belastung. Besonders Familien mit mittleren und geringen Einkommen könnten von der Abschaffung profitieren. Wir wollen damit beginnen, den Bürgerinnen und Bürgern wieder einen höheren Anteil von ihrem selbstverdienten Einkommen zu lassen. Die Abschaffung des Soli ist eine unkomplizierte, planbare Steuerreform, ganz ohne komplexe Modelle, die gleichzeitig in kurzer Zeit zu bewerkstelligen wäre. Durch die Abschaffung des Soli würden pro Jahr Einnahmen von etwa 15 Milliarden Euro wegfallen. Diese würden kompensiert durch die erwarteten Steuererhöhungen der nächsten Jahre. Dies wäre ein starkes Signal an die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands. Positive Effekte, die auf Grund des steigenden Konsums der privaten Haushalte durch das zusätzlich verfügbare Einkommen entstehen, sind dabei noch nicht berücksichtigt. Wir wollen die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags auf Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer bis spätestens zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Um die Einkommen von Geringverdienern und Rentnern weiter zu entlasten, wollen wir außerdem den Grundfreibetrag für Erwachsene in den nächsten Jahren erhöhen: zunächst auf 8.820 Euro und nach zwei Jahren auf 9.000 Euro.

Die kalte Progression bewirkt in unserem Steuersystem Mehrbelastungen, wenn die Einkommensteuersätze nicht an die Inflation angepasst werden. Deshalb wollen wir der kalten Progression entgegenwirken. Aufgrund nun wieder steigender Inflation ist es an der Zeit, sich diesem Problemfeld mit Nachdruck erneut zu widmen. Die CDU wird den Einkommenssteuertarif entsprechend der Preissteigerung verschieben, sodass ein Ausgleich der Inflation zur Entlastung der Bürger gewährleistet werden kann. Dies schafft eine höhere Steuergerechtigkeit. Mehr Steuergerechtigkeit bedeutet aus unserer Sicht auch, dass den Menschen in Zeiten gut gefüllter Kassen, nicht noch mehr Belastungen zugemutet werden.

Wir stellen uns gegen ungerechtfertigte und ideologische Substanzsteuern wie der Vermögenssteuer, die zum reinen Umverteilungsinstrument werden und Unternehmen, die keinen Gewinn erwirtschaften, bedrohen können.

Sichere Arbeitsplätze durch eine starke Wirtschaft

Wohlstand und Arbeitsplätze sichern – freien Handel und Digitalisierung fördern

Die wirtschaftliche Bilanz Deutschlands in den Regierungsjahren Angela Merkels ist eine Erfolgsgeschichte. Sie spiegelt eine Entwicklung wider, um die uns andere Länder beneiden. Deutschland geht es gut. Es haben so viele Menschen Arbeit wie noch nie. Löhne, Gehälter und Renten steigen. Wir nehmen keine Schulden mehr auf und investieren massiv in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur. Einen entscheidenden Anteil an diesem Erfolg haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land. Ihr täglicher Einsatz am Arbeitsplatz ist für die CDU der Handlungsauftrag, auch in Zukunft die richtigen Weichen zu stellen, damit Arbeitsplätze und Wohlstand gesichert bleiben.

Trotz der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland sind viele Menschen beunruhigt. Die Welt um uns herum verändert sich rasant. Nicht wenige Bürger sorgen sich aufgrund internationaler Konflikte um Ihre Zukunft und ihr persönliches Glück. Besonders die gefühlte „Nähe“ zu den Problemen dieser Welt, basierend auf den heutigen Informationstechnologien, speist diese Unsicherheit. Einige Teile der Bevölkerung antworten auf dieses Bauchgefühl mit Parolen der Abschottung und dem Ruf nach wirtschaftlicher Isolation. Die CDU Deutschlands und insbesondere auch die Hamburger CDU stehen nicht für diesen Rückwärtskurs. Unser wirtschaftlicher Erfolg, besonders in unserer Stadt, funktioniert nur in einem gemeinsamen Europa und mit vernetzten Wertschöpfungsketten. Diese Haltung verteidigen wir auch in Zukunft gegen Populisten in Europa und unserem Land.

Zu dieser wirtschaftlichen Offenheit gehört auch die Sicherung des Freihandels für unser Land als Exportnation und unsere Stadt als größtem deutschen Hafen und Logistikstandort. Der freie Warenhandel mit der ganzen Welt ist von entscheidender Bedeutung für Hamburg. Seit Jahrhunderten werden so Arbeitsplätze am Standort gesichert und geschaffen. Wir stehen weiterhin für den Freihandel als Wachstums- und Wohlstandsgaranten und lehnen protektionistische Maßnahmen ab. Die drohende wirtschaftliche Abschottung innerhalb und außerhalb Europas ist eine Gefahr für den Wohlstand der Menschen und führt in eine Abwärtsspirale. Insbesondere auch vor dem Hintergrund des anstehenden Brexit möchten wir weiterhin neue Absatzmärkte erschließen und den Handel mit Regionen weltweit ausbauen. Davon profitiert Hamburg als Deutschlands Tor zur Welt unmittelbar.

Die Menschen brauchen zur eigenen Sicherheit einen beständigen Arbeitsplatz, der ihnen finanzielle Unabhängigkeit und gesellschaftliche Mitwirkung ermöglicht. Wirtschaftliches Wachstum und finanzpolitische Nachhaltigkeit sind Voraussetzungen für Wohlstand, gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Sicherheit. Grundlagen hierfür sind unsere christlichen Werte und die bewährte Soziale Marktwirtschaft mit ihren Prinzipien Freiheit, Verantwortung und Subsidiarität. Diese Prinzipien gilt es, angesichts gravierender technologischer Veränderungen durch die Digitalisierung, zu bewahren.

Unsere Politik muss die Voraussetzungen schaffen, um bestmöglich von der Digitalisierung zu profitieren und dabei unseren natürlichen Standortvorteil als Großstadt zu nutzen. Es gilt, die notwendige digitale Infrastruktur massiv auszubauen. Der Breitbandausbau in den industriellen und gewerblichen Zentren Hamburgs sowie die Ausweitung des öffentlichen W-LAN auf das gesamte Stadtgebiet sollten endlich oberste Priorität haben. Dabei müssen wir jetzt die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft am Standort forcieren. Dazu gehören auch funktionierende und vor allem funktionale digitale Verwaltungsabläufe. Nur so schaffen wir Räume, in denen Ideen und Wissen rund um die Digitalisierung in neue Geschäftsmodelle und Unternehmungen münden. Das passiert in Hamburg noch zu wenig. Wenn wir das Thema Digitalisierung verschlafen, werden uns andere uneinholbar abhängen.

Die Digitalisierung bietet neben nicht zu verschweigenden Risiken viele Chancen. Sie ist kein „Job-Vernichter“, denn auch in Zukunft werden Fachkräfte benötigt, gerade auch in den Bereichen, die besonders von der Digitalisierung betroffen sind. Dabei setzen wir auf eine weiter zunehmende Beschäftigung von Frauen und älteren Menschen und auf den gezielten Zuzug von gut ausgebildeten Arbeitskräften. Trotz bereits historisch geringer Arbeitslosenzahlen werden wir auch weiterhin dafür sorgen, die Menschen in Arbeit zu bringen und den deutschen Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu halten. Wichtig sind uns bessere Chancen für Langzeitarbeitslose und Schulabbrecher, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexiblere Arbeitsmodelle für Menschen im Rentenalter, betriebliche und berufliche Weiterbildungen sowie permanente Qualifizierungsmöglichkeiten, gestützt durch Anreizsysteme.

Innovationen fördern, Gründungen ermöglichen, wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit sichern

Deutsche Unternehmen gehören in vielen Bereichen zu den erfolgreichsten der Welt. Im Maschinen- und Kraftfahrzeugbau, in der Chemie und in vielen weiteren Industriezweigen gehören deutsche Unternehmen zu den international wettbewerbsfähigsten. Dieser Erfolg speist sich häufig aus dem Erfinder- und Unternehmergeist vergangener Jahrzehnte. Es ist ein großer Erfolg unserer Wirtschaft, dass viele Firmen schon seit langer Zeit an der Weltspitze sind. Das Ziel unserer Politik ist es aber, bereits heute den Grundstein für die Weltunternehmen von morgen zu

legen. Dafür wollen wir mehr Freiräume für unternehmerische Ideen schaffen. In Sachen Unternehmensgründung müssen wir zu Ermöglichern werden. Gerade in Hamburg sind die Voraussetzungen für Neugründungen da, aber das Potenzial wird nicht aktiviert. Die Politik muss dafür die richtigen Rahmenbedingungen setzen, Gründern aber alle Freiheiten der Sozialen Marktwirtschaft lassen.

Dafür ist es wichtig, früh anzusetzen: Unternehmerisches Denken und innovatives Handeln muss schon in der Schule vermittelt werden, um Jugendliche frühzeitig für eigenverantwortliches Arbeiten zu begeistern. So schaffen wir an Schulen und Hochschulen den Nährboden für Gründertum. Gründungsinitiativen zu fördern bedeutet, ein positives Bild vom verantwortungsvoll handelnden Unternehmer zu zeichnen.

Des Weiteren plädieren wir für eine bessere und stärkere Vernetzung der Wissenschaft und Hochschulen mit dem Gründerumfeld, um so das entscheidende Know-How aus beiden Welten zu verbinden. Deswegen wollen wir das EXIST-Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie weiter aufstocken und ausbauen. Unser Augenmerk liegt dabei auf internationalen Kooperationsprojekten. Besonders in Metropolen wie Hamburg, die ausgeprägte Wissensstandorte sind, kann durch eine geschickte Clusterpolitik viel erreicht werden. Insgesamt muss ein anregendes Umfeld aus Forschung und Innovation geschaffen werden. Wir wollen beide Bereiche fördern und Deutschland so auf die digitale Zukunft in der Wirtschaft vorbereiten. Wir treten dabei für einen verantwortungsvollen Umgang mit neuen Technologien ein. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Der digitale Wandel schafft neue Chancen für Wohlstand und Arbeitsplätze. Wir investieren bereits bis 2020 vier Milliarden Euro in eine flächendeckende moderne funk- und festnetzbasierende Breitbandinfrastruktur aus einem Technologie-Mix von VDSL, Kabel, Satellit, Mobilfunk und Glasfaser. Des Weiteren wollen wir die Investitionen in Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen und emissionsarme Mobilität sowie autonomes Fahren und Carsharing stärker fördern. Das alles sind Themen, die für Hamburgs zukünftigen Wohlstand entscheidend sind.

Des Weiteren wollen wir in Hamburg die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und wirtschaftlichen Projekten fördern. Als CDU in der maritimen Hauptstadt Deutschlands wollen wir das Marktpotential in diesem Forschungsbereich nutzen. Die angekündigte Gründung eines „Deutschen Maritimen Zentrums“ kann als Koordinierungsstelle zwischen Industrie, Forschung und Politik in allen Bereichen der maritimen Wirtschaft nachhaltig Wirkung entfalten. So können auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden, denn gerade mittelständische Unternehmen profitieren von einem einheitlichen Ansprechpartner, der ihnen den Zugang zu Forschung und Innovation vereinfacht oder gar erst ermöglicht. Außerdem wollen wir uns für die Einrichtung eines universitären Schwerpunktes der maritimen Sicherheit an der Helmut-Schmidt-Universität einsetzen.

Um diese Bemühungen auch noch deutlicher zu unterstützen, setzen wir uns besonders für eine steuerliche Förderung privatwirtschaftlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung ein. Eine steuerliche Förderung könnte über Steuergutschriften, Freibeträge, Sonderabschreibungen oder Steuerermäßigungen erfolgen. Vorteile dieser Förderung sind die bessere Planbarkeit und die geringeren Bürokratiekosten gegenüber aufwändigen und meist zeitlich befristeten Direktförderungen durch Zuschüsse. Außerdem ist die steuerliche Förderung nicht-selektiv angelegt. Sie überlässt also den Unternehmen die Entscheidung, in welche Bereiche sie investieren. Das ist der Schlüssel für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und zielt konkret auf die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes ab.

Weiterhin entscheidend für Gründungen ist der Wegfall unnötiger bürokratischer Auflagen und ineffizienter Dokumentationspflichten. So sollte geprüft werden, ob für einen bestimmten Zeitraum nach Existenzgründung Ausnahmen zu den regulären Berichtspflichten implementiert werden können. Weniger Bürokratie verbessert das Innovationsklima. In dem Zusammenhang könnte zum Beispiel jede neue Verordnung erst eintreten, wenn dadurch eine alte abgeschafft würde. Somit kommt es zu keinen unübersichtlichen Doppelregimen. Auch sollte über eine zeitliche Begrenzung in diesen nationalen Regularien nachgedacht werden. Wir fordern eine Entbürokratisierungsoffensive für kleine und mittlere Betriebe, die die rechtlichen Vorschriften auf das notwendige und staatlicherseits auch kontrollierbare Maß reduziert. Außerdem wäre es notwendig, zukünftig nach dem „One-Stop-Shop“ - Prinzip nur noch einen einheitlichen Ansprechpartner für alle Verwaltungsfragen zur Verfügung zu stellen.

Neben betriebswirtschaftlichem Gründergeist und innovativem Forschungsdurst müssen Jungunternehmer Zugang zu den finanziellen Mitteln haben, um ihre Visionen umzusetzen. Umso wichtiger ist es, den Zugang zum notwendigen Kapital zu erleichtern. Konkret bedarf es eines unkomplizierteren Zugangs zu Wachstumskapital zur wirtschaftlichen Entwicklung innovativer Ideen. Uns ist daher wichtig, dass Gründerfonds ausgebaut und Investitionen durch gezielte Anreizsysteme gefördert werden. Diese Anreize sollten speziell auf mittelständische Unternehmen ausgerichtet werden, sodass diese entlang ihrer Wertschöpfungskette in innovative Technologien investieren können. So erhalten Gründer benötigtes Kapital und der Mittelstand kann seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Auch steuerliche Ansätze zur Erleichterung von Gründungen sollten ausgebaut werden.

Sicherheit für Leib und Leben durch einen wehrhaften Staat

Für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland

Die zahlreichen Konfliktherde in der Welt und die anhaltende Terrorgefahr stellen eine reale Bedrohung dar. Hinzu kommt ein dadurch entstandenes Unsicherheitsgefühl bei vielen Bürgern, das ernst genommen, dem aber auch entgegengewirkt werden muss. Die Antwort darauf kann nur ein starker und wehrhafter Staat sein.

Die CDU sorgt für mehr Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Unser Staat hat die Pflicht, dieses Recht zu gewährleisten, um das Vertrauen der Bevölkerung nicht zu verlieren. Die Union hat in der Regierung umfangreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die für mehr Sicherheit sorgen. Die Polizei hat mehr Befugnisse im Kampf gegen Straftäter. Zudem werden Übergriffe auf Polizisten und Rettungskräfte endlich härter bestraft. Das ist ein klares Signal der Wertschätzung für die Beamtinnen und Beamten, die täglich für unsere freie Gesellschaft arbeiten.

Die CDU kämpft gegen Terrorismus und seine Auswirkungen, Kriminalität und jede Form von Extremismus. Dafür brauchen wir eine effektive Ausstattung und Ausrüstung der Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte, den Einsatz moderner und intelligenter Techniken, die Angleichung behördlicher Datensysteme für einen effizienten Datenaustausch, die bessere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden sowie eine Bündelung der Kompetenzen. Nur so werden wir der organisierten Kriminalität und allen Formen der Wirtschaftskriminalität, die mit modernsten Mitteln arbeiten, effektiv begegnen können. Nicht zuletzt braucht es auch den politischen Mut und das Vermögen, effektivere Maßnahmen durchzusetzen. Speziell für den Bereich ausländischer Gefährder haben wir mit den Asylpaketen I und II das Ausweisungsrecht verschärft. Auch in der nächsten Legislaturperiode wird es wichtig sein, durch diplomatische Bemühungen die Rückführung von Gefährdern – auch in heimatnahe Drittstaaten – durch Rücknahmeabkommen durchzusetzen.

Daneben hat unser Innenminister Maßnahmen zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, die unter anderem die Einführung eines Haftgrundes „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ sowie die Einführung einer Art Duldung zweiter Klasse vorsieht, angekündigt: Diese „Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht“ soll für diejenigen gelten, die an der Klärung ihrer Nationalität oder der Beschaffung eines Passes nicht mitwirken sowie für Ausländer, deren Herkunftsland die Ausstellung der für eine Ausreise nötigen Dokumente bewusst verschleppt. Diese Art der Duldung wollen wir durchsetzen.

Zusätzlich wollen wir neben diesen Maßnahmen die Stärkung der Kompetenzen von BKA und Bundespolizei angehen. Das ist ebenso erforderlich wie die Einrichtung von Bundesausreisezentren, in denen Ausreisepflichtige zusammengeführt werden, die Straftaten begangen haben oder keine Ausweisdokumente besitzen und an ihrer Identitätsfeststellung nicht mitwirken. Nur so können durch den Bund zentrale Verhandlungen mit den Herkunftsländern geführt werden, um die Anzahl der ausreisepflichtigen Asylbewerber, die nur aufgrund fehlender Ausweispapiere bislang jahrelang geduldet werden, massiv zu reduzieren. Das führt zu einer

besseren Abschiebepaxis. Wir müssen kritischer mit den Standards der aktuellen Duldungspraxis umgehen. Hier sind die Schranken der Ermessensausübung noch deutlich zu weit gefasst. Außerdem soll eine Duldung nur solange gelten wie der Grund dafür gültig ist. Sie kann nicht zum Einfallstor für dauerhaftes Bleiberecht werden.

Eine Strategie gegen Terrorismus

Der islamistische Terrorismus ist eine Bedrohung, mit der wir in heutigen Zeiten konfrontiert sind. Der Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz letztes Jahr sowie zahlreiche andere Ereignisse in weiteren europäischen Großstädten bedrohen die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Dem wollen wir klare strategische Maßnahmen entgegensetzen. Ziel ist es, eine effektive Zusammenarbeit der inneren und äußeren Sicherheitsorgane zu organisieren. Besonders das CDU-geführte Innenministerium hat in der Vergangenheit mit zahlreichen Maßnahmen den richtigen Weg eingeschlagen: Dazu gehören die verschärfte Kontrolle von Gefährdern, die Abschiebehaft für ausländische Gefährder, eine Ausweitung der Verfolgungs- und Ermittlungszuständigkeit der Bundespolizei zur Feststellung unerlaubter Aufenthalte und die Möglichkeit zur bundesweiten Schleierfahndung.

Die mit diesen Maßnahmen verknüpfte Stärkung der Kompetenzen des Bundes ist richtig. Die Landesämter für Verfassungsschutz haben sich in ihrer aktuellen Struktur bewährt. Diese sollen auch zukünftig ihre Autonomie behalten, um so Flexibilität und Durchschlagskraft zu behalten. Dem Bund kann in diesem Zusammenhang eine koordinierende Aufgabe zuteilwerden. Zusätzlich wollen wir dringend in die Zukunftsfähigkeit polizeilicher Informationstechnologie investieren. Andernfalls kann es im Hinblick auf den notwendigen deutschlandweiten Datenaustausch zu erheblichen Problemen kommen. Außerdem plädieren wir für den Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft, wenn man für den sogenannten Islamischen Staat oder eine andere terroristische Miliz kämpft und mordet. Die Sympathiewerbung für kriminelle oder terroristische Vereinigungen muss wieder strafbar werden.

Internationaler Terrorismus erfordert internationale Lösungsansätze: Auf EU-Ebene gilt es, einen besseren Informationsaustausch zu ermöglichen. Die Daten über Gefahren und Gefährder müssen auf EU-Ebene schnell ausgetauscht werden können, indem zum Beispiel die relevanten EU-Datenbanken besser vernetzt werden. Auch die Sicherung der europäischen Außengrenze sehen wir als sicherheitspolitisches und Antiterror-Instrument an. Neben einem besseren Grenzschutz benötigen wir die Einrichtung von Transitzone, um Personen, die keine oder gefälschte Dokumente dabei haben, künftig die Einreise nach Deutschland verweigern zu können. Nur so kann verhindert werden, dass Personen ohne geklärte Identität überhaupt zu uns ins Land

gelangen. Die Kenntnis der Identität der aufgenommenen Personen ist die Grundlage für alle weiteren Maßnahmen im Bereich der Sicherheit.

Mehr Personal und Effizienz in unseren Sicherheitsorganen

Hamburg gehört mit einer Aufklärungsquote von nur 44,8 Prozent aller Verbrechen im Jahre 2016 zu den Schlusslichtern im Bundesländerranking. Dabei gehören Bundesländer, die unter der Führung der Union stehen, zu den Ländern mit der höchsten Aufklärungsquote. Wo die Union regiert, ist die Sicherheit höher. Auch die Zahl der Wohnungseinbrüche ist in Hamburg weiterhin auf sehr hohem Niveau. Das Risiko, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist in Hamburg besonders hoch, genauer: sieben Mal höher als in München.

Deswegen nehmen wir die unzureichende Ausrüstung der polizeilichen Einrichtungen und mangelnde Ausstattung aller Polizistinnen und Polizisten nicht hin. Wir fordern außerdem Imagekampagnen für die Polizei und Feuerwehr, um mehr Personal zu gewinnen, welches der Sicherheit der deutschen Bevölkerung dient. Die CDU befürwortet eine bundesweite Schleierfahndung, das heißt verdachts- und anlassunabhängige Kontrollen, damit die Aufklärungsquote aller Bundesländer einen hohen Standard erreicht.

Unsere Polizisten brauchen die beste Technik im Kampf gegen Kriminalität. Mit der Reform des BKA-Gesetzes schaffen wir den rechtlichen Rahmen für eine grundlegende Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme. Auch sollten alle Bundesländer entsprechende Analyseprogramme, die sich bereits in einigen Ländern bewährt haben, nutzen. Zusätzlich sollen die Strafermittlungsbehörden bei Straftaten wie Einbruchsdiebstahl das Instrument der Telekommunikationsüberwachung zur Aufklärung nutzen können. Dazu wollen wir in der nächsten Regierung eine gesetzliche Grundlage schaffen.

Zur Gewährung bestmöglicher Sicherheit für die Bevölkerung ist es erforderlich, dass alle hierzu dienlichen Organisationen, Techniken und Daten kontrolliert und planvoll einbezogen werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass verfügbare Unterstützung, aber auch die gezielte Nutzung technischer Hilfen wie Videoüberwachung sowie eine verlängerte Speicherung von Telekommunikationsdaten durch zu hohe datenschutzrechtliche Bedenken grundsätzlich nicht in Betracht gezogen werden.

Tagtäglich setzen die Kräfte der Polizei, des Sanitätsdienstes und der Feuerwehr ihr Leben dafür ein, dass wir friedlich und gesund in Sicherheit leben können. Die steigende Anzahl der straffälligen Übergriffe auf diese Einsatzkräfte werden unter der CDU massiv bekämpft, um den Rücken derer zu stärken, die Tag für Tag unserer Sicherheit dienen. Wir wollen aber auch, dass Polizei und Justiz effektiver zusammenarbeiten. Noch zu häufig kommt es zu lückenhafter Strafverfolgung und einer ineffizienten Justiz. Das geht aber nur mit ausreichend Personal auch im justiziellen Sektor. Wir wollen daher für die Justiz Bedingungen schaffen, unter denen die

steigenden Anforderungen bewältigt werden können. Neben einer besseren Personalausstattung mangelt es häufig an praktischen Dingen wie Büroräumen und der IT-Ausstattung.

Des Weiteren muss die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz enger werden. Wir wollen weiterhin den Austausch von Informationen zwischen Polizei, Strafgerichten und Fachgerichten verbessern. Informationen, die beispielsweise in verwaltungsgerichtlichen Asylverfahren gewonnen werden, müssen Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafgerichten zugänglich gemacht werden. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist ein funktionierender elektronischer Datenverkehr. Die Umstellung auf elektronische Aktenführung ist dabei ebenso entscheidend wie eine sachgerechte Ausstattung der Justizbehörden und Polizei mit IT-Technik.

Weiterhin sorgen wir dafür, dass die Polizei eine Auswertung der Fluggastdaten vornimmt, damit schon an der Grenze nach Europa für die Sicherheit Deutschlands gearbeitet werden kann. Für dieses Vorhaben haben wir jahrelang auf EU-Ebene gekämpft. Das erhöht die Handlungsfähigkeit der Polizei und Justiz und sorgt langfristig für ein sicheres Deutschland. Die CDU steht für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und lässt Sie nicht im Stich!